

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Versandpreis: Tagesblatt 1/2 Pf. Sonntagsblatt 2 Pf.

Postamt: Dresden 1530, Postfach Nr. 42.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa.

N. 67.

Montag, 21. März 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Bote. Für den Fall des Scheiterns von Produktionsversicherungen, Erdbeben und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 88 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Spalten) 20 Gold-Pfennige; die 88 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraufen und tabellarischer Satz 50%, Nachschlag, feste Zeilen, Schriftgröße nach Bedarf, wenn der Vertrag erfüllt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nötigste Unterhaltungsbeilage: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retention und Verlag: Janger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Drohende Kriegsgefahr auf dem Balkan.

Scharfer Konflikt zwischen Italien und Südslawen.

Der albanische Wetterwintel.

Die offizielle Mitteilung, die die italienische Regierung an das englische Kabinett richtete, enthält bissharig eine neue Gefahr für den Frieden Europas. Aus dem Inhalt der Note treten drei Erscheinungen hervor, die unmittelbar miteinander in Zusammenhang stehen, da sie nicht unbeeinflusst sind von gewissen machtpolitischen Zielen Italiens. Die Mitteilung spricht zunächst von den bedrohlich gewordenen Verhältnissen in Albanien. Man hat in letzter Zeit wenig Neues über die Konsolidierung des Regimes Ahmed Zogus in Albanien gehört. Durch den bekannten Tirane-Vertrag, der im Grunde genommen nichts anderes darstellt, als einen Protektorsvertrag Roms mit der derzeitigen Regierung, ist die Position des Diktators Ahmed Zogu in Albanien zwar international anerkannt, aber gerade der Inhalt dieses Vertrages, der dem kleinen albanischen Lande manches von seiner Selbständigkeit nimmt, und es unmittelbar in die Interessensphäre Mussolinis hineinzwingt, hat naturgemäß die Widerstandskraft der albanischen Widerstandler Ahmed Zogus aufs nachdrücklichste geschwächt. Kämpfer doch nun diese Kämpfer für eine Idee, für das Selbstbestimmungsrecht des Volkes, für seine Befreiung von dem Zwang ausländischer Machtgehalte. Um die Lage in Albanien vollkommen zu verstehen, hat man sich ferner zu vergegenwärtigen, daß Ahmed Zogu die Rechte und Interessen der Großgrundbesitzer Albanien vertritt, was logischerweise den Kleinbauern und dem Proletariat des Landes Veranlassung gibt, sich der Gegenpartei anzuschließen. Dies besagt mit anderen Worten auch, daß die Wirrnis in Albanien in der Hauptache innerpolitischen Zerwürfnissen und Parteistreitigkeiten entspringt, daß sie also keinesfalls von irgend einer auswärtigen Macht künstlich provoziert wurden. Daß sich Italien und auch Südslawien diese Parteikämpfe in Albanien für ihre Politik nutzbar machen, ist allerdings Tatsache.

Der weitere Inhalt der Note erwähnt angebliche militärische Vorbereitungen in Südslawien, Vorbereitungen, die erkennen lassen müßten, daß ein militärischer Einmarsch in albanisches Gebiet beabsichtigt sei. Angesichts der vollkommen undurchsichtigen Verhältnisse auf der albanisch-südslawischen Grenze und auch angesichts des Zwecks, der diese Note Italiens trägt, ist es selbstverständlich ganz unumgänglich, festzustellen, ob die Behauptungen Italiens zutreffen oder nicht. Ganz abgesehen davon, daß die Belgrader Regierung prompt die Behauptungen der italienischen Note und die näheren Mitteilungen der italienischen Zeitungen dementierte, läßt auch das wenig konkrete der Behauptungen aus der italienischen Quelle vermuten, daß zum mindesten die Dinae, die sich im Südslawien angeblich vorbereiten sollen, erheblich übertrieben dargestellt werden. Die „Giornale d'Italia“ spricht von „genauen Befehlen, die der südslawische Generalstab für die Verwendung der verschiedenen Truppenteile parat hat“, erzählt, daß in den Büros des Generalstabs seit einigen Tagen heftig gearbeitet werde und daß der König persönlich die Tätigkeit seines Generalstabes kontrolliere, daß in den kassierten Feldverfabriken intensiver gearbeitet werde als früher usw.“ Das sind alles „Dinge“, die vielleicht auch zutreffen könnten, die aber doch in keiner Weise die Ansicht bekräftigen können, daß Belgrad in nächster Zeit ein größeres militärisches Abenteuer einzuleiten gedenkt.

In der Tat sind auch nicht die Mitteilungen der Note über die Verhältnisse in Albanien und über die angeblichen Kriegsvorbereitungen in Südslawien das Wichtigste u. Wesentlichste dieser italienischen diplomatischen Schritte. Die wichtigste Feststellung, die die Bekanntheit aus dieser Note zu ziehen hat, ist die Erkenntnis, daß die Beziehungen zwischen Italien und Südslawien in einem äußerst bedenklichen Zustand angekommen haben. Es steht fest so aus, als ob jetzt Mussolini den Zeitpunkt für gekommen erachtet, an dem er seine Pläne an der südslawischen Mittelmeerküste wahrzuhaben will. Die Tatsache, daß Rom die Note ausgerechnet nach London sandte und noch mehr die Kommentare der dem Foreign Office nachstehenden Times lassen erkennen, daß es Mussolini gelungen ist, sich bei diesen Plänen die Unterstützung Englands zu sichern. Vor kurzem erlebte die Welt die Sensation der Ratifizierung des Versailler-Abkommens durch Italien. Man könnte nun fast meinen, daß die italienische Note über Albanien die Rechnung ankündigt, die Rom England für gewisse Dienstleistungen im Hinblick auf die Einführungsprobleme Chamberlains zu präsentieren gedenkt. Wenn es auch Mussolini gelungen ist, durch die Ratifizierung des Versailler-Abkommens und durch die hierdurch bewirkte Annäherung Mussolinis an die englisch-italienische Interessensphäre Jugoslawiens auf dem Balkan etwas zu gewinnen, so gibt es doch immer gewisse Gebiete, die zwischen Belgrad und Paris liegen, gewisse Gebiete, die unter Umständen diese Folgerungspolitik wieder zunichte machen. Die recht boshaften Bemerkungen der italienischen Presse gegen Frankreich zeigen, daß man in Italien diesen Fehler in der Rechnung nicht verkennet. Jedenfalls dürfte gerade der Hinweis auf Frankreich bekräftigen, daß dieser albanische Streit unter Umständen größere weitpolitische Gefahren in sich birgt, als man vielleicht vielfach annimmt.

Die Lage an der albanischen Grenze.

„Rom. Giornale d'Italia meldet aus Tirana: Die albanische Regierung trifft im Hinblick auf die Vorbereitungen Jugoslawiens Verteidigungsmaßnahmen. Pläne für eine Zusammenziehung von Streitkräften im Norden werden mit Beschleunigung geprüft. Die Vorbereitungen in Jugoslawien treten besonders südlich Dinae in Erscheinung. Sie begannen mit der angeblichen Fahnenflucht von Offizieren, die die Bergbewohner zum Aufstand und zur Landesevakuierung aufreizten. Die jugoslawische Regierung ließ an der albanischen Grenze ein Plakat anbringen mit der Aufforderung an alle Gegner der Regierung von Tirana, sich von der Grenze zu entfernen. Damit will die Regierung Europa beweisen, daß sie alles getan hat, um einen Aufstand oder einen Marsch von Russen gegen Tirana zu verhindern.“

Zur italienisch-jugoslawischen Spannung.

„Belgrad. Die Politika berichtet, der englische und der italienische Gesandte hätten gestern im Sinne der italienischen Zirkularnote diplomatische Schritte in Belgrad unternommen, wobei der englische Gesandte den italienischen Standpunkt vertreten habe. Diese Meldung, die beträchtliches Aufsehen erregt, ist, wie von ausländischer Seite berichtet wird, unrichtig. Der englische Gesandte habe erklärt, er glaube nicht, daß irgend ein Grund zu der Annahme berechtigt, daß Jugoslawien eine militärische Aktion gegen Albanien vorbereite. Auch der italienische Gesandte, General Borrero, dementierte die Meldung der Politika und teilte mit, er habe weder allein noch gemeinsam mit dem englischen Gesandten beim Außenminister Perissich Schritte unternommen. Weiter erklärte der Gesandte, die in einigen ausländischen Zeitungen im Umlauf befindlichen albanischen Nachrichten bezüglich italienischer Kriegsvorbereitungen, insbesondere mit Rücksicht auf die Lage auf der Balkan-Halbinsel, sind völlig unbegründet und gehören zu den alarmierenden und falschen Nachrichten Denunziationen. In Wahrheit hat Italien überall eine Politik der Befriedung und des Einvernehmens befolgt. Italien beabsichtigt nicht, irgend eine direkte oder indirekte Aktion zu unternehmen, die den Frieden an irgend einem Punkte Europas stören könnte.“

Die jugoslawische Regierung verlangt außerordentliche Vollmachten.

„Rom. Secolo meldet aus Belgrad, die jugoslawische Regierung habe von der Kammer außerordentliche Vollmachten verlangt und die Erhebung des Kriegsbudgets auf dringlichem Wege gefordert, was eine fünfjährige Erhöhung gegen bisher bedeuete. Da die Opposition Schwierigkeiten machte, habe ein Ministerrat einige kleine Abschnitte vorgenommen, um die schnelle Erhebung des Budgets zu ermöglichen. Die Kammer hatte drei Sitzungen am Tage ab. Es sei auch die Bildung einer nationalen Konzentrationsregierung in Vorbereitung, der auch die beiden nationalitätlichen Führer Davidowitsch und Prilichewitsch angehören sollen, die einander nicht mehr bekämpften und nun angeblich vor der Versöhnung stehen.“

Empörung in Belgrad.

„Belgrad. Die sensationelle Veröffentlichung des Giornale d'Italia über angebliche Rüstungen Jugoslawiens gegen Albanien und Italien hat in der hiesigen Öffentlichkeit helle Empörung hervorgerufen, da der Artikel eine vollständige Verdrehung der tatsächlichen Situation bedeuete. In politischen Kreisen ist man der Ueberzeugung, daß es sich um italienische Intrigen handle, die dazu bestimmt seien, Jugoslawien in der öffentlichen Meinung Europas zu diskreditieren, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Pariser Reise König Alexanders.“

Beunruhigung und Empörung in Italien.

„Rom, 21. März, (Telunion). Die nach italienischer Auffassung in allen Einzelheiten verbürgten Nachrichten über militärische Rüstungen Jugoslawiens an der albanischen Grenze haben ganz allgemein große Beunruhigung und Empörung gegen die französische Politik hervorgerufen, die man für das „jugoslawische Abenteuer“ verantwortlich macht. Bezeichnend für die Stimmung der offiziellen italienischen Kreise ist eine Veröffentlichung des offiziellen Verordnungsblattes der faschistischen Partei, in der es heißt, das faschistische Italien verfolge mit absoluter Ruhe die Agitation der Belgrader Clique, die der militärischen Camarilla, an deren Spitze einige Größenwahnsinnige als Verantwortliche ständen, die zu dem Verbrechen bereit seien. Italien sei sich seines Rechtes und seiner Kraft bewußt; es werde keine Kaltblütigkeit nicht verlieren und verfolge mit derselben Kaltblütigkeit die Solidarität, die sich am politischen Horizont abhebe. Italien wisse, wobei für Belgrad Hilfe und Ratschläge kämen. Die ganze Welt wisse, trotz aller antislawischen Agitation, daß Italien den Frieden wolle. Aber sie solle auch wissen, daß Italien keine Drohungen und keine Attentate dulden werde.“

„Wir werden“, so heißt es zum Schluß, „nicht mit leeren Worten wieder auf dieses Thema zurückkommen. Unsere Parole heißt: Schweigend handeln!“

England wünscht Völkerbunds-Eingreifen auf dem Balkan.

„London. (Telunion). Der jugoslawisch-italienische Konflikt wird in London im allgemeinen ruhig beurteilt, ohne daß die sich aus ihm ergebenden Gefahren unterschätzt werden. Im Observer wird darauf hingewiesen, daß, wie auch die Situation an sich sei, etwas an den sich widerwärtig verhaltenden Berichten aus Rom und Belgrad wahr sein müsse. Der italienisch-albanische Freundschafts- und Sicherheitspakt im vorigen Jahre berge gewisse Gefahren in sich. Italien garantiere darin Albanien seinen politischen und territorialen Status quo und man glaube, daß auf Grund dieses Vertrages bereits alle Vorbereitungen für Truppenentfahrungen nach Durazzo und Salona getroffen wurden. Das Italien Sonderinteressen in Albanien und an der albanischen Unabhängigkeit habe, sei durch Frankreich, Großbritannien und Japan in einer Erklärung der Völkerbundsversammlung vom 9. November 1921 anerkannt worden und alle drei Mächte hätten sich verpflichtet, ihre Vertreter beim Völkerbund anzuweisen, daß im Falle irgendwelcher Grenzstreitigkeiten in Albanien die Frage der italienischen Schiedsgerichtsbarkeit überlassen werde. Der kürzliche Abschluß des italienisch-albanischen Vertrages gehe aber wesentlich über diese Erklärung hinaus, indem Italien neben der politischen und territorialen Unabhängigkeit Albanien auch jeden Schutz gegen Angriffe auf seine gegenwärtige Regierung zulasse.“

In dieser Tatsache sieht man in London, wie aus dem Observer hervorgeht, offenbar gewisse Gefahren. Man wisse darauf hin, daß eine italienische Intervention leicht zu einer Periode der Unruhe führen könne, wie sie der Anexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn im Jahre 1908 gefolgt sei. Obwohl die Hände Großbritanniens und Frankreichs durch die Erklärung vom Jahre 1921 in verschiedener Hinsicht gebunden seien, legt man Wert darauf, daß die Haltung Großbritanniens, nicht, wie das offenbar auch in Belgrad geschieht, als unbedingte Unterstützung Italiens aufzufassen sei. Bei den ersten Konfliktmöglichkeiten und der heiklen juristischen Lage auf der anderen Seite würde man es nicht ungerne sehen, wenn der Völkerbundrat auf Grund des Artikels 11 sich der Angelegenheit annehme und zunächst Italien und Jugoslawien verpflichten würde, jede militärische Aktion zu unterlassen, bis eine Sonderkommission des Völkerbundes den Konflikt an Ort und Stelle geprüft habe. Die Voraussetzungen des Artikels 11 für einen entsprechenden Antrag für ein Eingreifen des Völkerbundes werden als sofort gegeben erachtet.“

„Paris. (Funkpruch). Die Agentur Havas berichtet, gestern hat Völkerbunds-Vorsitzender von Doesh mit dem Generalsekretär im Außenministerium, Verthöfer in Abwesenheit Briand darüber verhandelt, ob angesichts der italienisch-jugoslawischen Spannung die Einberufung des Völkerbundes erforderlich sei. Briand wird heute nach Paris zurückkehren und den italienischen Vorkämpfer empfangen. Es hat auch ein lebhafter Meinungsaustausch zwischen den Großmächten im Verlaufe des gestrigen Tages stattgefunden. Die jugoslawische Regierung hat sich übrigens bereit erklärt, sich einer Enquete der Alliierten Militärattachés zu unterwerfen, die genau prüfen könnte, was an militärischen Vorbereitungen an der albanisch-serbischen Grenze vorgenommen werde. Nach dem Journal soll jedoch die Belgrader Regierung beschlossen haben, die Angelegenheit dem Völkerbund zu unterbreiten. Das Blatt ist der Ansicht, daß die Probe, die der Völkerbund in diesem Falle zu bestehen haben würde, erst bei als anlässlich des griechisch-bulgarischen Konflikts.“

Italienische Note an Deutschland.

„Berlin. Der italienische Botschafter hat dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann eine Note überreicht, in der mitgeteilt wird, daß die italienische Regierung Informationen erhalten habe, wonach auf jugoslawischem Boden Vorbereitungen getroffen werden, um in Albanien militärisch einzugreifen und die gegenwärtige Regierung zu stürzen. Da die italienische Regierung mit dem Kabinett von Ahmed Zogu einen Vertrag abgeschlossen habe, könne Italien einen derartigen Umsturzversuch nicht gestatten. Bei diesem Schriftstück der italienischen Regierung handelt es sich um eine Zirkularnote, die auch den anderen europäischen Kabinetten übermittelt worden ist. Nach den hier vorliegenden Informationen, ist die Gefahr eines militärischen Zusammenstoßes zwischen Italien und Jugoslawien in unmittelbare Nähe gerückt. In den politischen Kreisen beabsichtigt man sich bereits mit der Frage, was der Völkerbund zu tun gedenkt, um diese Kriegsgefahr abzuwenden. Schon jetzt glaubt man aber sagen zu können, daß der Völkerbund, genau wie in China nicht daran denkt, zu intervenieren.“

Weitere Meldungen siehe 1. Beilage.